

den Fürst Radolin diesem Telegramm am 11. März folgen ließ, teilt er mit, Graf Murawiew sei bestrebt gewesen, den Eindruck hervorzurufen, als sei der an Graf Osten-Sacken erteilte Auftrag lediglich die Folge von Äußerungen Seiner Majestät des Kaisers und Königs an den russischen Botschafter in Berlin gewesen, die auf den Wunsch einer Intervention behufs Beilegung des Krieges hinzielten. Der Kaiser erklärte diese Behauptung in zwei drastischen Randbemerkungen für eine Lüge.

In den Akten des Auswärtigen Amtes findet sich über solche Meldungen und solche Äußerungen des Kaisers nichts, dagegen aber die seit dem Januar mehrfach wiederholte Versicherung, daß Deutschland für eine Intervention nicht zu haben sei.¹

Dennoch erheben die Herren Bourgeois und Pagès, lediglich auf vage Vermutungen hin, die durch die obige Darstellung widerlegt werden, die furchtbare Anklage, daß der Kaiser in Petersburg nur deshalb eine dort gar nicht beabsichtigte Intervention angeregt habe, um sie der Königin Viktoria als feindselige Handlung Rußlands und Frankreichs denunzieren zu können. Und knüpfen daran die folgende Frage: Kann man eine Politik, die solche Mittel anwendet, eine Politik des Friedens nennen?²

Ich will die gleiche Frage nicht an die Adresse Frankreichs richten, weil es nicht möglich ist, zu beweisen, daß das dem Prinzen von Wales in Kopenhagen überreichte Memorandum in Paris fabriziert worden ist, sondern

1) Akten Bd. XV, Nr. 4463 und 4464.

2) A. a. O. S. 288